

# Inhalt

<i>Vorwort</i> .....	V
<b>A. Rechtliche Grundgedanken und Ausgangsfragen einer Zweigstellenübertragung</b> .....	1
I. <i>Der rechtliche Zusammenhang zwischen kommunalem Hoheitsgebiet und Handlungsgebiet der Sparkasse</i> .....	1
II. <i>Verfassungsrechtliche und sparkassenrechtliche Vorgaben für eine Sparkassenneuordnung nach einer kommunalen Neugliederung</i> .....	2
1. Die Stellung der Sparkasse im Rechtssystem .....	3
a) Die Sparkasse als privatwirtschaftlich handelnde öffentlich-rechtliche Anstalt .....	3
b) Die kompetenzrechtliche Zugehörigkeit des Sparkassenrechts .....	6
c) Kommunalrechtliche Organisationsprinzipien und Sparkassenrecht .....	9
2. Der rechtliche Verbund zwischen Gewährträger und Sparkasse .....	12
a) Personelle, organisationsrechtliche und haftungsrechtliche Zuordnung .....	12
b) Die Zuordnung von Sparkassengebiet und Gemeindegebiet .....	14
aa) Das Hoheitsgebiet .....	15
bb) Das Errichtungsgebiet .....	15
cc) Das Bestandsgebiet .....	16
dd) Das Geschäftsgebiet .....	17
ee) Das Wirkungsgebiet .....	19
3. Kompetenzüberschneidungen bei Kreissparkasse und Gemeindesparkasse .....	20
a) Das Regionalprinzip .....	21
b) Das Subsidiaritätsprinzip .....	22
aa) Kein bundesrechtlicher Geltungsgrund des Subsidiaritätsprinzips .....	23

bb)	Das Subsidiaritätsprinzip im Sparkassengesetz Nordrhein-Westfalen .....	25
cc)	Das Subsidiaritätsprinzip als Bestandteil des allgemeinen Sparkassenrechts .....	26
dd)	Der Bestandsschutz .....	27
ee)	Der Bestandsschutz im Rechtsverhältnis zwischen Kreisen und Gemeinden .....	31
ff)	Das Verbot der Doppelverwaltung in Form der Anstaltskonkurrenz .....	33
<b>III.</b>	<b>Die Voraussetzungen für eine Übertragungspflicht nach § 32 SpKG .....</b>	<b>35</b>
1.	Das Angleichungsgebot des § 32 SpKG .....	36
2.	Der Vorrang freiwilliger Lösungen .....	37
3.	Im Zuge der Gebietsänderungen .....	38
a)	Die Beachtung der Ordnungsgrundsätze des § 1 Abs. 2 SpKG .....	38
b)	Der sachliche Zusammenhang zur Gebietsänderung ....	39
aa)	Der innere Zusammenhang zur Gebietsreform ....	40
bb)	Die Beachtung landesplanerischer Ziele .....	41
c)	Der zeitliche Zusammenhang .....	41
4.	Die Leistungsfähigkeit .....	42
a)	Der Begriff der Leistungsfähigkeit .....	42
b)	Die Erhaltung und Schaffung leistungsfähiger Sparkassen .....	46
aa)	Das von der Erhaltungs- und Schaffungspflicht betroffene Subjekt .....	46
bb)	Die Erhaltung der Leistungsfähigkeit der abgebenden Sparkasse .....	47
cc)	Die Leistungsfähigkeit der übernehmenden Sparkasse .....	48
c)	Die Leistungsfähigkeit als Voraussetzung und Schranke einer Zweigstellenübertragung .....	50
<b>IV.</b>	<b>Der Inhalt der Übertragungspflicht .....</b>	<b>52</b>
1.	Die privatrechtlich vereinbarte Einzelrechtsnachfolge ....	52
2.	Die Zweigstelle .....	54
3.	Der Tatbestand des „Übertragens“ .....	54
4.	Die Gegenstände der Übertragung .....	55
a)	Die Übertragung der Kundenbeziehungen .....	57
b)	Die Zuordnung der Aktiva und Passiva .....	58

c) Das Eigenkapital .....	59
aa) Der Begriff des Eigenkapitals .....	59
bb) Die bisherigen Aussagen zur Berücksichtigung des Eigenkapitals bei der Zweigstellenübertragung ....	62
V. <i>Der angemessene Ausgleich</i> .....	64
1. Der angemessene Ausgleich als Bilanzausgleich? .....	65
2. Die Übertragung gegen Entschädigung .....	66
3. Einzelfragen .....	67
a) Die Sachwerte .....	67
b) Die Kundeneinlagen .....	67
c) Der Geschäftswert .....	68
d) Angemessener Ausgleich und Eigenkapitalübertragung .	69
e) Der „Kostensprung“ .....	70
VI. <i>Die Ermächtigung zu Anordnungen durch Rechtsverordnung</i> .	71
1. Voraussetzung für eine Anordnung .....	71
2. Die Einräumung eines Ermessens .....	72
3. Die Anhörung der Beteiligten .....	72
4. Die Erforderlichkeit der Anordnung .....	73
5. Die Zuständigkeit .....	74
<b>B. Die kompetenzberichtigende Zuweisung eines privatrechtlich erwirtschafteten Geschäftsbestandes</b> .....	77
I. <i>Der rechtliche Ausgangsbefund</i> .....	77
1. Die Übertragungspflicht .....	77
a) „Im Zuge der Gebietsänderungen“ .....	77
aa) Die Neuordnungsbedürftigkeit .....	78
bb) Der sachliche Zusammenhang .....	80
cc) Der zeitliche Zusammenhang .....	80
b) Die Erhaltung und Schaffung leistungsfähiger Sparkas- sen .....	81
c) Die „Soll“-Vorschrift .....	82
d) Die Vereinbarung der Beteiligten .....	83
e) Die Alternativität von § 32 und § 33 SpKG .....	83
2. Inhalt der Übertragungspflicht .....	84
a) Die Hauptstelle .....	85
b) Die Zweigstelle .....	86
c) Das Übertragen .....	87
3. Der angemessene Ausgleich .....	88

<i>II. Die Voraussetzungen einer Übertragung von Zweigstellen</i> . . . . .	89
1. Die Neuordnungsbedürftigkeit . . . . .	90
a) Hoheitsgebiet und kreditwirtschaftliches Handeln . . . . .	90
b) Die Legitimation eines Bestandsgebietes . . . . .	91
c) Sparkassenbestand und kommunale Neuordnungsziele . . . . .	93
2. Der zeitliche Zusammenhang zwischen Gebietsänderung und Sparkassenneuordnung . . . . .	95
3. Die Leistungsfähigkeit der beteiligten Sparkassen als Voraussetzung und Schranke einer Zweigstellenübertragung . . . . .	96
a) Die Erfüllung der bankrechtlichen Mindestvoraussetzungen . . . . .	98
b) Die kreditwirtschaftliche, personelle und organisatorische Überforderung . . . . .	99
c) Die Auswirkungen der Ausgleichspflicht auf die Leistungsfähigkeit . . . . .	101
4. Die Übertragungsanordnung durch Rechtsverordnung . . . . .	101
a) Die Bestimmtheit der Verordnungsermächtigung . . . . .	101
b) Der fünfstufige Entscheidungsablauf . . . . .	104
c) Das Verbot einer offenen Delegation . . . . .	105
d) Das Verbot einer verdeckten Delegation . . . . .	107
e) Sonstige ergänzende Delegationsgrundlagen? . . . . .	109
f) Der Gegensatz zwischen § 32 und § 33 SpKG . . . . .	110
<i>III. Der Inhalt einer Übertragungspflicht</i> . . . . .	112
1. Die Funktion einer Übertragungsanordnung . . . . .	113
2. Vereinbarte Einzelrechtsnachfolge, nicht Gesamtrechtsnachfolge kraft Gesetzes . . . . .	115
a) Die landesgesetzliche Anknüpfung an die anstaltsrechtliche Organisationsform . . . . .	116
b) Die Ersetzung der Vereinbarung durch ministerielle Anordnung . . . . .	118
c) Die Verordnungsbefugnis des Ministers bei fehlendem Übertragungswillen der Beteiligten . . . . .	119
3. Die Gegenstände der Übertragung . . . . .	120
a) Die Geschäftsräume . . . . .	121
b) Die Einrichtungsgegenstände . . . . .	121
c) Die Mitarbeiter . . . . .	122
d) Die Kundenbeziehungen . . . . .	123
aa) Die Bestimmungen der zur Zweigstelle gehörigen Geschäftsbeziehungen . . . . .	124

bb)	Das Angebot, bei der bisherigen Zweigstelle unter neuer Gewährträgerschaft zu bleiben .....	125
cc)	Die Kassen- und Sortenbestände .....	127
dd)	Diskontwechsel, Inkassopapiere .....	127
e)	Forderungen an Kunden .....	128
f)	Verbindlichkeiten gegenüber Kunden .....	128
g)	Das Eigenkapital .....	129
aa)	Übertragung ausschließlich gebietsgebundener Einrichtungen .....	129
bb)	Das Eigenkapital als subjektive Zulassungsvoraussetzung .....	130
cc)	Die Eigenkapitalausstattung als Folgewirkung kommunaler Finanzausstattung .....	132
dd)	Die Begrenzungsfunktion des haftenden Eigenkapitals und die Übertragung risikobehafteter Aktiva ..	133
ee)	Zweigstellenübertragung und Finanzausgleich .....	135
IV.	<i>Der angemessene Ausgleich</i> .....	136
1.	Die Funktion des Ausgleichs .....	137
2.	Die Angemessenheit .....	138
a)	Das Prinzip des schonenden Ausgleichs .....	138
b)	Der Ausgleich innerhalb des Übertragungsakts .....	140
c)	Die Wertung des Gesamtvorgangs .....	141
3.	Übertragungsausgleich, nicht Finanzausgleich .....	141
4.	Die Ausgleichspflicht als Spiegelbild der Bestandsgarantie ..	143
5.	Einzelfolgerungen .....	145
a)	Entgelt der Vermögenswerte .....	145
b)	Das bei der abgebenden Sparkasse verbleibende, funktionslos werdende Personal .....	146
c)	Der Saldo zwischen Aktiva und Passiva .....	146
d)	Übertragungskosten .....	148
C.	<b>Ergebnisse</b> .....	149
	<i>Literaturverzeichnis</i> .....	151